



Austausch bewährter Verfahren auf dem Gebiet der Geschlechtergleichstellung

**Gender-Training
im Bildungsbereich**
Portugal, 18./19. Oktober 2012

Zusammenfassung

ISTITUTO
PER LA
RICERCA
SOCIALE

irs

ösb CONSULTING™

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen geben nicht notwendigerweise die Auffassung der Europäischen Kommission wieder.

Justiz

Diese (Veröffentlichung, Konferenz, Ausbildungsmaßnahme) wird unterstützt durch das Programm der EU für Beschäftigung und Soziale Solidarität – PROGRESS (2007-2013).

Dieses Programm wird von der Europäischen Kommission umgesetzt. Es wurde zu dem Zweck geschaffen, einen finanziellen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der Europäischen Union in den Bereichen Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit.

Dieses auf sieben Jahre angelegte Programm richtet sich an alle maßgeblichen Akteure in den 27 Mitgliedstaaten, der EFTA, dem EWR sowie den Beitritts- und Kandidatenländern, die an der Gestaltung geeigneter und effektiver Rechtsvorschriften und Strategien im Bereich Beschäftigung und Soziales mitwirken können.

Weitere Informationen unter: <http://ec.europa.eu/progress>

Gender-Training im Bildungsbereich

1. Bewährte Verfahren aus dem Gastgeberland und den assoziierten Ländern

Das dritte im Jahr 2012 veranstaltete Austauschseminar über bewährte Verfahren fand am 18. und 19. Oktober in Lissabon statt und befasste sich mit der Verankerung der Genderbelange im Bildungswesen. Neben dem Gastgeberland Portugal stellten auch zwei assoziierte Staaten (Spanien und Dänemark) ihre Konzepte vor.

Portugal

Das von Portugal vorgestellte bewährte Verfahren hat die „Bildungsleitfäden Gender und StaatsbürgerInnenschaft“ zum Gegenstand. Für deren Planung, Koordination und Veröffentlichung ist der Ausschuss für staatsbürgerliche Angelegenheiten und Geschlechtergleichstellung (CIG) verantwortlich, die für alle einschlägigen Fragen zuständige öffentliche Instanz.

Die Leitfäden sind Bestandteil des dritten sowie vierten Nationalen Plans für Gleichstellung, StaatsbürgerInnenschaft und Gender (2007-10 bzw. 2011-13) und richten sich an Lehrkräfte von der Vorschulstufe (drei- bis sechsjährige Kinder) bis zum Ende der Sekundarstufe I (9. Schulstufe). Die Materialien wurden von ExpertInnen aus den Gebieten Gender und Bildung unter Aufsicht des Bildungsministeriums erarbeitet. Sie kombinieren eine theoretische mit einer praxisbezogenen Herangehensweise, wobei folgende Ziele im Mittelpunkt stehen:

- Die Geschlechtergleichstellung soll im Bildungswesen durchgängig verankert werden.
- Die Genderdimension soll effektiv in die Unterrichtspraxis eingeflochten werden und in der Pädagogik die Gleichberechtigung von Frau von Mann voranbringen.
- Die Gleichstellung soll ins Zentrum des „Erziehungsprogramms zu staatsbürgerlichem Bewusstsein“ gerückt werden.

Mit der Ausgabe und Umsetzung der Leitfäden wurde im Schuljahr 2008/09 begonnen, zunächst in Form eines Pilotversuchs in einer Gruppe ausgewählter Schulen. Bis Ende des Schuljahres 2012/13 kamen sieben weitere Schulgruppen hinzu.

Zu Beginn des Schuljahres 2010/11 leitete das Bildungsministerium gemeinsam mit dem CIG einen Monitoringprozess ein, an dem sich 93 Lehrende (88 % Frauen, 12 % Männer) und 1.573 SchülerInnen (52 % weiblich, 48 % männlich; entspricht 26 % aller Vorschulkinder) beteiligten. Im zweiten und dritten Trimester veranstalteten das Bildungsministerium und der CIG einen Trainingsworkshop, in dem sowohl theoretische als auch praktische Aspekte des bewährten Verfahrens behandelt wurden, mit dem Ziel, die in das Monitoring der Umsetzungsphase

involvierten Lehrkräfte systematischer zu unterstützen. Das Training deckte 43 % des gesamten Lehrpersonals ab, das an der Überwachung der Umsetzung der Leitfäden in den Schulgruppen mitwirkte.

Die Ergebnisse des Monitorings und des internen Evaluierungsprozesses belegten, dass die Leitfäden zum Wissens- und Kompetenzaufbau der Lehrenden in den anvisierten Bereichen beitragen. In den Berichten der Lehrkräfte wurden mehrere weitere Aspekte hervorgehoben:

- Das Training und die Nachbetreuung waren sehr nützlich, insbesondere angesichts der Komplexität von Analysen aus der Gender-Perspektive.
- Die Leitfäden waren ein hilfreiches Instrument für die Umsetzung der staatsbürgerschaftlichen Lerninhalte.
- Die Leitfäden bewirkten ein kritischeres Bewusstsein für Genderfragen im Bildungsbereich, sei es auf persönlicher oder beruflicher Ebene.
- Die Lehrenden machten die Notwendigkeit weiteren Trainings geltend.

Der Umsetzungsprozess der Leitfäden ist noch nicht abgeschlossen. Im Schuljahr 2011/12 wurden die Leitfäden für die 1. bis 6. Schulstufe herausgegeben und verschickt. 2012/13 werden vom CIG und vom Bildungsministerium parallel zur Kontrolle der Anwendung der vier bestehenden Leitfäden (Vorschule bis 9. Schulstufe) zwei neue Leitfäden umgesetzt.

Spanien

Spanien präsentierte einen Online-Kurs mit dem Titel „Koedukation: Zwei Geschlechter in einer Welt“. Der siebenteilige Kurs ist auf pädagogisches Personal (von Kindergarten bis Sekundarstufe) ausgerichtet. Das vordergründige Ziel besteht darin, Unterrichtende auf die Unterschiede zwischen den Geschlechtern aufmerksam zu machen und ihr Bewusstsein dafür zu schärfen, wie aus diesen Unterschieden häufig Ungleichheiten hervorgehen. Es gilt, traditionelle geschlechtsspezifische Stereotype aufzubrechen. Erziehenden wird ein umfangreiches Material mit Nachdenkübungen, Lesebeispielen, Videos und Links geboten, die im Unterrichtsalltag den Weg zu einer gendergerechten Arbeitsweise ebnen.

Die Kurse wurden über das Nationale Institut für Bildungstechnologie und Pädagogik (INTEF) in Zusammenarbeit zwischen dem Fraueninstitut und dem Ministerium für Bildung, Kultur und Sport entwickelt.

Für die Kursteilnahme sind zwei Optionen geplant:

1. **Der Online-Kurs „Koedukation: Zwei Geschlechter in einer Welt“** dauert zwei Monate. Für die Kursteilnahme erhalten LehrerInnen sechs Punkte (entsprechen 60 Trainingsstunden).
2. **Der Gemeinschaftskurs „Koedukation: Zwei Geschlechter in einer Welt“** ist als Austausch in einer kooperativen Umgebung für die Teilnehmenden angelegt; dabei werden auch Werkzeuge wie ein Forum und „Chat“ auf einer

Moodle-Plattform¹ eingesetzt. Die Zeiterfordernis für diese Kursvariante beträgt ebenfalls zwei Monate und basiert auf denselben Materialien, Inhalten und Zielen wie der andere Online-Kurs.

Bei beiden Initiativen müssen die PädagogInnen ein persönliches Projekt in drei Teilen ausarbeiten:

- Schulische Beobachtung.
- Ansätze zur Einführung des Gender-Konzeptes in der Unterrichtspraxis.
- Spezifische Umsetzungsvorschläge.

Seit dem Schuljahr 2008/09 erstrecken sich die Initiativen auf alle autonomen Regionen, bislang haben sich 2.689 Lehrkräfte beteiligt.

In einer Programmevaluierung sollten sich die Teilnehmenden zur Schnelligkeit der gelieferten Antworten, zur Verständlichkeit der Erklärungen, zur Problemrelevanz der Antworten sowie zur Vorbereitung von TutorInnen/MentorInnen äußern. Die Ergebnisse offenbaren eine überaus positive Bewertung der Kurse (4,5 von 5 möglichen Punkten).

Dänemark

Dänemark stellte zwei Praxisbeispiele vor. Das erste ist ein **Kinderbuch mit einem pädagogischen Begleithandbuch** für den Einsatz in Kindergärten (für Fünf- bis Sechsjährige). Ziel ist es hauptsächlich, unterschiedliche Verhaltenserwartungen an Mädchen und Jungen zu hinterfragen, überdies sollen herkömmliche Geschlechterstereotype durchbrochen werden. Das Buch beruht auf der Überzeugung, dass die versuchte Gleichbehandlung von Mädchen und Jungen nicht immer den besten Handlungsansatz darstellt; vielmehr sollten ihnen gleiche Möglichkeiten geboten werden, geschlechtsunabhängig Fertigkeiten zu entwickeln. Gleichzeitig tritt das Buch an, pädagogischem Personal und anderen Fachkräften in der Arbeit mit Kindern Denkanstöße zu liefern, um die Genderperspektive im Arbeitsalltag zu berücksichtigen (z. B. als Komponente des Lehrplans).

Das Material wurde landesweit an sämtliche Kindergärten in Papierform verschickt. In einem Begleitschreiben des Ministeriums für Geschlechtergleichstellung und der Direktion der Gewerkschaft der VorschulpädagogInnen wurden diese zum Einsatz von Buch und Leitfaden ermutigt.

In einer Evaluierung einige Zeit nach der landesweiten Verbreitung sollte ermittelt werden, ob die Unterlagen in den Kindergärten tatsächlich genutzt und wie sie vom pädagogischen Personal eingeschätzt bzw. angenommen wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass das Material im Allgemeinen von den Zielgruppen sehr positiv aufgenommen und beurteilt wurde.

Das zweite präsentierte Verfahren beinhaltete **ein Magazin und einen Film/CD für Mädchen und Jungen**, ergänzt durch ein Begleithandbuch für Unterrichtende zum Thema des sog. „**Porn Chic**“. Diese Materialien richten sich an 14- bis 16jährige

¹ Moodle ist ein objektorientiertes Kursmanagementsystem, eine netzbasierte Lernplattform.

SchülerInnen; ihr Diskussionsschwerpunkt liegt darauf, wie unterschiedlich Mädchen und Jungen den eigenen Körper wahrnehmen und welchen Einfluss Symbole und Codes aus der Softpornografie, wie sie über die Massenmedien verbreitet werden, haben. Im Wesentlichen verfolgte die Initiative das Ziel, eine Debatte anzuregen und Mädchen und Jungen zu einer kritischen Sichtweise auf geschlechtsbezogene, von Pornografie geprägte Bilder und Botschaften aus den Massenmedien heranzuführen. Die Initiative gliederte sich in zwei getrennte Aktivitäten:

1. In einer bereichsübergreifenden Studie des Nordischen Instituts für Genderforschung wurde die Tendenz des sog. „Porn Chic“ beleuchtet. Dabei handelt es sich um in der Softpornografie vorkommende Symbole, die sich über Werbung, Musik, Mode und andere Mittel als allgemeine Darstellungsform durchsetzen.
2. Es wurde eine nationale Jugendkonferenz für 14- bis 16jährige SchülerInnen veranstaltet. Darauf aufbauend wurden ein pädagogisches Handbuch, ein Themenmagazin und ein Film/CD entwickelt.

Das Lehrmaterial wurde landesweit in Papierform auf dem Postweg an sämtliche Schulen verschickt, mit einem Begleitschreiben des Ministeriums für Geschlechtergleichstellung. Die Umsetzung läuft seit 2006. Das Material wurde von den Schulen überaus positiv aufgenommen, insofern als zahlreiche Nachbestellungen für Publikationen und Filme eingingen. Eine unabhängige Evaluierung hat bislang jedoch noch nicht stattgefunden.

2. Situation in den teilnehmenden Staaten²

Neben Portugal, Spanien und Dänemark nahmen folgende Staaten am Seminar teil: Belgien, Bulgarien, Island, Litauen, die Niederlande, Österreich, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, das Vereinigte Königreich und Zypern. Die Berücksichtigung der Genderdimension im Bildungsbereich dieser Staaten hat auf unterschiedlichen Ebenen und vor einem unterschiedlichen gesetzlichen bzw. kulturellen Hintergrund stattgefunden.

Dennoch zeichnen sich einige gleich gelagerte allgemeine Muster ab, die hier im Überblick dargestellt werden sollen.

Die meisten Staaten weisen einen übereinstimmenden Trend auf: **Mädchen erzielen bessere Bildungsleistungen als Jungen.** In **Litauen** etwa offenbart eine über den Zeitraum 2003-08 durchgeführte Studie zu geschlechtsspezifischen Lernergebnissen, dass Mädchen – unabhängig von der Altersstufe – in vielen Fächern besser abschneiden. In **Großbritannien** hat die Auseinandersetzung mit beobachteten Prüfungsergebnissen und der Feststellung, dass die Leistungen der Mädchen heute besser ausfallen, zu einer Schwerpunktverlagerung geführt: Das Interesse gilt heute den Leistungsschwächen der Jungen, und Geschlechterungleichheiten werden als Problem angegangen, von dem vorwiegend Jungen betroffen sind.

² Dieser Abschnitt beruht auf den Beiträgen der unabhängigen ExpertInnen aus den beteiligten Staaten. Einzelheiten finden sich in den Stellungnahmen der jeweiligen Staaten, verfügbar auf: http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/tools/good-practices/review-seminars/education_de.htm

Gleichzeitig ist die **geschlechtsbezogene Trennung in verschiedenen Studienfächern** ein unverändert aktuelles Phänomen. Ein Beispiel sind die **Niederlande**, wo naturwissenschaftliche und technische Zweige nach wie vor von männlichen Studierenden dominiert sind, die Zahl der Studentinnen ist verhältnismäßig niedrig. Diese offensichtliche Geschlechterdifferenz bei der Studienwahl verstärkt auch eine entsprechende Arbeitsmarktsegregation. Sie hängt mit **geschlechtsspezifischen Erwartungen und Verhaltensmustern** sowohl von Lehrenden als auch Lernenden zusammen. In **Belgien** – allen voran in Flandern – gibt es im gesamten Verlauf des Bildungswegs auffällige Geschlechterlücken. In der Sekundarstufe sind Mädchen in künstlerischen und allgemeinen Zweigen leicht in der Überzahl, während Jungen in technischen und berufsbildenden Zweigen die Mehrheit stellen. Überdies gehen mehr Mädchen den Weg einer Hochschulausbildung, wo ebenfalls noch eine Trennung nach Studienzweigen vorherrscht. Es bestätigt sich, dass es nach wie vor „männliche“ und „weibliche“ Fächer gibt, in denen sich häufig herkömmliche Geschlechterstereotype widerspiegeln.

Ebenfalls weit verbreitet ist das Phänomen der **Frauenüberzahl unter den Lehrkräften**, insbesondere in der ersten und zweiten Schulstufe. In manchen Fällen führt dies zu einer Infragestellung der weiblichen und männlichen Rollenmodelle in Schulen. In **Österreich** wird der Männermangel unter Lehrenden sowie unter im Bildungsbereich und in Kindergärten Beschäftigten zunehmend als Problem wahrgenommen, vor allem hinsichtlich der wachsenden Lernschwächen von Jungen.

Die Mehrheit der teilnehmenden Staaten berichtete nicht nur von einem **fehlenden Nachdenkprozess über Genderfragen in der pädagogischen Praxis**, sondern auch einem **Mangel an wissenschaftlichen Erkenntnissen**. Beide Faktoren werden in den meisten Staaten als Ursachen angeführt, warum Bildungsstrukturen für Veränderungen, die ein geschlechtergerechteres System begünstigen würden, so wenig empfänglich sind. Ein Ausnahmefall ist das **Vereinigte Königreich**, wo seit den 1980ern Aktionsforschungsprojekte stattfinden, an denen Lehrpersonal mit HochschulforscherInnen zusammenarbeiten, um stereotypische Geschlechtermuster und -beziehungen in Frage zu stellen. In der Anfangsphase beleuchteten die Projekte die Bildungsentscheidungen von Mädchen und deren geringes Interesse an naturwissenschaftlichen und technischen Zweigen; generell wurde versucht, das Genderbewusstsein zu stärken. Spätere Projekte konzentrierten sich darauf, die Schulkultur zu verändern und die Lernerfolge von Jungen zu verbessern.

Dieses offensichtliche Fehlen eines Genderfokus in der pädagogischen Ausbildung gilt als eine der Ursachen für die **geschlechtsbezogenen Stereotype, die in Unterrichtsmaterialien immer noch vorherrschen**. Lehrbücher enthalten zum Teil ganz bestimmte stereotypische Anschauungsbeispiele, die eine Abwertung der Rolle der Frauen zur Folge haben können. Von besonderem Belang ist dieses Phänomen in Fragen zur Berufswelt.

Auch hinsichtlich der **Verankerung von Genderfragen in Lehrplänen** weist die Situation in den teilnehmenden Staaten Ähnlichkeiten auf, wenngleich der Thematik bzw. dem Einsatz experimenteller Praktiken teilweise zunehmende Aufmerksamkeit zuteil wird. In der Mehrheit der Fälle ist die Berücksichtigung von genderbezogenen Lerninhalten jedoch Auslegungssache einzelner Schulen bzw. Lehrkräfte. Schulen treffen tendenziell eigenständige Entscheidungen über den Einsatz von Unterrichtsmethoden und -materialien.

In zahlreichen **neueren Mitgliedstaaten** ist die Aufnahme von Genderinhalten in den Lehrplan vielfach von dem im Zuge der Beitrittsphase errichteten Politik- und Gesetzesrahmen zu Gleichstellungsfragen bestimmt. In der **Tschechischen Republik** beispielsweise ist das Konzept der Geschlechtergleichstellung verhältnismäßig jung und trat in der Politikagenda erstmals in den späten 1990ern in Erscheinung – mit Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der EU. Zu den Erfordernissen zählte die Ausarbeitung und Förderung der Gleichstellungspolitik in unterschiedlichen Bereichen, darunter Bildung.

In manchen Fällen enthalten Gleichstellungsgesetze und nationale Programme Verweise auf das Themenfeld Gender und Bildung. In **Bulgarien** enthält das Gesetz zum Schutz vor Diskriminierung einen eigenen Abschnitt zur Bildung. In Paragraph 35 heißt es: *„Mit allgemeiner Bildung und beruflicher Ausbildung betraute Personen und VerfasserInnen von Lehrbüchern und Unterrichtsmaterialien sind gefordert, bei der Wissensvermittlung und der Anwendung von (Aus-)Bildungskonzepten einen Beitrag zur Überwindung von Stereotypen hinsichtlich der Rolle von Frauen und Männern in sämtlichen Bereichen des öffentlichen und familiären Lebens zu leisten. Vorschulische Einrichtungen, Schulen und höhere Bildungseinrichtungen sind angehalten, in Unterrichts- und Lehrplänen ein Training zu Genderfragen vorzusehen.“*

Ähnliche Bestimmungen gelten in **Zypern** mit dem Nationalen Aktionsplan für Gleichstellung von Frauen und Männern (2007–2013): Das Bildungswesen soll eine durchgängige Gleichstellungsorientierung erhalten, und die Genderdimension wird als einer der Parameter für die Lehrplanreform anerkannt. Es ist allerdings festzuhalten, dass Gender meist als Unterbereich des allgemeineren Themenkomplexes Gesundheitserziehung oder staatsbürgerliche Angelegenheiten behandelt wird.

In der **Slowakischen Republik** enthält der Nationale Aktionsplan für Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-13, anknüpfend an Rechts- und Verwaltungsvorschriften der EU, einige Bestimmungen gegen Geschlechtsspezifika im Bildungswesen – die Umsetzung steht jedoch erst am Anfang. In **Slowenien** sind Bestimmungen und Normen zur Geschlechtergleichstellung Teil der Vorgaben für die Lehrplangestaltung, ihre Umsetzung erweist sich in der Praxis jedoch mitunter als schwierig.

In **Polens** formalem Bildungssystem fehlt bislang die Bezugnahme auf die Geschlechtergerechtigkeit bzw. deren durchgängige Umsetzung. Grundlegende Rahmendokumente wie das Gesetz zur schulischen Bildung, die Charta für pädagogische Fachkräfte und die offiziellen Kernlehrzielvorgaben nennen allgemeine Begriffe wie Menschenrechte und universelle Ethikmaßstäbe, gehen jedoch nicht direkt auf die Genderfrage ein.

Anders die Situation in **Island**. Der Stellenwert der Geschlechtergerechtigkeit wurde im Zuge einer aktuellen Reform im Gesetz zur Schulpflicht und in den neuen nationalen Lehrzielvorgaben formal neu definiert. Seit 2008 gibt es in Pflichtschulen ein neues Unterrichtsfach zu Gleichstellungsfragen, und zwar als eigenständige Komponente des Sozialkundeunterrichts; die schulische Arbeit wird damit erheblich aufgewertet. Darüber hinaus fungiert die Geschlechtergleichstellung seit 2011 formal als eine der sechs Säulen bzw. Bildungswerte in den nationalen Lehrzielvorgaben für sämtliche Schulstufen. In den nationalen Lehrzielvorgaben ist

Gleichstellung im weitesten Sinn definiert; es nimmt v. a. Bezug auf Alter, Wohngebiet, Behinderungen, Geschlecht, Sexualität, Hautfarbe, Glaubensbekenntnis, Kultur, Sprache und Staatszugehörigkeit. Im Bildungsministerium sind z. Z. Leitlinien für die entsprechende Umsetzung in allen Schulstufen in Vorbereitung (Fertigstellung erwartet bis Ende 2012).

3. Die Diskussionen während des Seminars im Überblick

Alle beteiligten Staaten stimmten darin überein, dass **die präsentierten Erfahrungen interessante Beispiele liefern, um die Verankerung des Genderaspekts im Bildungsbereich voranzubringen.** Ihre Übertragbarkeit, für die mehrere Voraussetzungen und Herausforderungen angeführt wurden, sei jedoch nicht immer einfach.

In der Diskussion wurde insbesondere hervorgehoben, dass die **unterschiedlichen Ausgangssituationen der jeweiligen Länder – allen voran hinsichtlich der politischen und kulturellen Betrachtung der Gleichstellungsfrage – gebührend berücksichtigt** werden müssen. Von besonderer Relevanz ist dies für die potentielle Übertragbarkeit des dänischen Leitfadens zum „Porn Chic“: Zahlreiche Staaten (u. a. Polen, Litauen, Lettland, Zypern und Bulgarien) stuften ihn zum jetzigen Zeitpunkt als zu umstritten ein.

Auch bei anderen Praktiken **stellen abweichende gesetzliche Rahmenverhältnisse oder Abläufe in der pädagogischen Ausbildung mögliche Hürden für die Übertragbarkeit dar.** In manchen Staaten gelten beispielsweise keine Vorgaben für die zu absolvierende Stundenzahl in der Ausbildung; zentrale Institutionen haben ferner nicht immer dieselben Handlungsmöglichkeiten, um Gender ins Bildungswesen einzuflechten. Dies trifft insbesondere auf Staaten zu, wo Schulen und Lehrende eigenständig über Regeln, Unterrichtsmethoden und Lernmaterialien bestimmen können. In solchen Fällen ist etwa das portugiesische Modell nicht unproblematisch, da eine „Top-down“-Einführung im ganzen Land kaum möglich wäre. Daraus resultierte die Schlussfolgerung, dass der rechtliche und strategische Rahmen für den Bildungsbereich (u. a. Ausmaß der Deregulierung/Zentralisierung, Herangehensweisen an Gleichstellungspolitik) ein maßgeblicher Aspekt für die mögliche Übernahme der vorgestellten Verfahrensweisen ist.

Im Zusammenhang mit dem spanischen Instrumentarium wurde angemerkt, dass der Rückgriff auf Online-Werkzeuge mögliche Einschränkungen für ältere Lehrkräfte birgt. Mehrere TeilnehmerInnen argumentierten ferner, dass Präsenztraining wirksamer und produktiver sei. Andere (z. B. Großbritannien und Island) meinten wiederum, Online-Schulungen für Lehrpersonal, kombiniert mit guten Bildungsunterlagen, seien der beste Ansatz. Dabei wurde eingeräumt, dass bei einer Übernahme dieses Konzepts den institutionellen Gegebenheiten des jeweiligen Staates ebenso wie der pädagogischen Ausbildung und der Lehrkräftefortbildung Rechnung zu tragen ist.

Die Unterschiede in der Ausgangssituation bezüglich Gender Mainstreaming und Geschlechtergleichstellung wurden in der Diskussion um den **abweichenden (Nicht-) Gebrauch der Begriffe „Geschlecht“ und „Gender“** deutlich. In dieser Frage herrschte Uneinigkeit unter den teilnehmenden Staaten. Manche TeilnehmerInnen

argumentierten, dass für die Verwirklichung des Endziels – Gender im Bildungsbereich – die Wortwahl nicht den Ausschlag geben würde. Andere hielten dem entgegen, dass die Begrifflichkeiten wesentlich seien, um eine Debatte und Veränderungen anzustoßen.

Insofern spielt der **politische und gesellschaftliche Kontext** eine besonders wichtige Rolle. Die Feststellung lautete, dass eine breite und nachhaltige politische Verpflichtung zur Geschlechtergleichstellung, untermauert durch einen Gesetzesrahmen, eine notwendige – wenngleich nicht ausreichende – Voraussetzung bildet. Als ebenfalls wesentlich erachtet wurde, dass **die Bedeutung der Einnahme einer Genderperspektive im Unterricht und im schulischen Leben im gesamten Bildungssystem wahrgenommen wird**, sowohl auf institutioneller (Bildungsministerien; Bildungsbehörden, Schulen usw.) als auch individueller Ebene (v. a. Lehrkräfte). Im Diskussionsverlauf wurde vermerkt, dass von Lehrenden und Fachkräften der pädagogischen Ausbildung mitunter noch immer deutlicher Widerstand gegen die Vermittlung von Lerninhalten zur Geschlechtergleichstellung ausgeht. Dies legt den Schluss nahe, dass Genderfragen nicht von außenstehenden Fachleuten eingebracht werden sollten. Der einzige wirksame Weg, Genderbelange in den Lehrplan einzubeziehen bzw. durchgängig zu verankern, führt direkt über die Lehrkräfte und die Schulleitungen auf institutioneller Ebene. Das größte Problem liegt indes nach wie vor darin, wie Lehrkräfte und Schulleitung für dieses Thema gewonnen werden können und wie sich in den einzelnen Schulen eine entsprechende Umgestaltung des Lehrplans herbeiführen lässt. Eine vorgeschlagene Lösungsmöglichkeit besteht darin, den Schulen den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit als Merkmal einer „guten Schule“ und als Voraussetzung für erfolgreiche Bildung nahezubringen.

Unabhängig davon wurde die **Einbeziehung anderer zentraler Anspruchsgruppen wie GenderexpertInnen und WissenschaftlerInnen** als besonders bedeutsam erachtet, um dafür zu sorgen, dass mehr Gender- und Bildungsforschung betrieben wird und diese auf allen Bildungsebenen einen Niederschlag in der Pädagogik findet. Eine andere Herangehensweise an die Problematik wäre demzufolge, zu gewährleisten, dass Bildungspolitik – in diesem Fall hinsichtlich der Geschlechtergleichstellung – und Lehrkräfteausbildung (offizielle Pädagogik) besser aufeinander abgestimmt werden, als es derzeit der Fall ist, und dass Gender in der Bildungsforschung gebührend berücksichtigt wird. Ohne gegensteuernde Maßnahmen wird zwischen Gleichstellungs- und Genderforschung und der schulischen Praxis eine Kluft bestehen bleiben, die eine Diskrepanz gegenüber einer modernen Auffassung von Geschlechtergerechtigkeit nährt, wie sie heute in den meisten europäischen Staaten anzutreffen ist.

In der Diskussion wurde auch der **hohe Stellenwert der Ergebnisse von Evaluierungen, Monitoring und internen Beurteilungsverfahren** unterstrichen. Dafür können im Wesentlichen zwei Gründe angeführt werden. Zum einen erschließen Monitoring und Evaluierungen weitreichende Erkenntnisse über zentrale Stärken bzw. potentielle Hürden, die sich bei der Umsetzung von Genderaspekten im Bildungswesen stellen. Zweitens: Durch solide Beurteilungen untermauerte Erfahrungswerte machen es einfacher, Ergebnisse „ansprechend und wirksam“ zu präsentieren, sodass das Interesse von Politikverantwortlichen eher geweckt wird. Eine **empirische Absicherung der Konzepte** wurde auch als sehr vorteilhaft erachtet, wenn es darum geht, die Notwendigkeit einer langfristigen Strategie anschaulich zu machen, welche ausgehend von einzelnen Pilot- und Versuchsprojekten die nötige

Nachhaltigkeit herstellen kann, um deren Einflechtung in die laufende Politikplanung und -umsetzung zu gestatten.

Ein letzter wichtiger Punkt, den die Diskussion zu Tage förderte, betrifft die notwendige direkte Zusammenarbeit mit Lehrkräften und Lernenden und die Einbeziehung der Eltern. Die ausdrückliche Beachtung der Rolle der Eltern wurde als untrennbarer Bestandteil der Bildungspolitik und Bildungspraxis herausgestellt. Zu diesem Zweck können Aufklärungsaktivitäten mit Eltern (bzw. in Elternvereinen) abgehalten werden, außerdem kann vernetztes Arbeiten auf der Grundlage der Erkenntnisse über Geschlechtergleichstellung und Geschlechterrollen angeregt werden.

4. Schlussfolgerungen

Das Seminar zum Austausch bewährter Verfahren bot eine wertvolle Gelegenheit, über mögliche Konzepte für eine bessere Berücksichtigung von Genderbelangen in Bildung und Pädagogik nachzudenken. Die vorgestellten Verfahrensweisen lieferten Einblicke in eine Reihe unterschiedlicher Instrumente. Sie unterstrichen dabei die wichtige Anforderung, bei der Umsetzung und Verbreitung von Erfahrungen die jeweiligen nationalen Institutionen, die für Gleichstellung und Bildung verantwortlich sind, einzubinden.

Die Debatte verdeutlichte allerdings, dass die Berücksichtigung von Gender im Bildungsbereich nach wie vor ein langwieriger, komplexer Prozess ist, der beträchtliche Anstrengungen erfordert, um das uneingeschränkte Engagement aller relevanten Akteurinnen und Akteure (u. a. Politikverantwortliche, Lehrkräfte, WissenschaftlerInnen und Fachleute in Genderfragen, aber auch Eltern und BürgerInnen) herzustellen. Dieses Engagement ist für den Prozessverlauf maßgeblich.

In den vergangenen Jahren konnten in mehreren Staaten erhebliche Fortschritte erzielt werden, doch besteht noch immer großer Handlungsbedarf. Eine Reihe von Projekten und Trainingsexperimenten wurde ausgearbeitet und erprobt, doch bleibt die Einrichtung einzelner Projekte, ihre formale Anerkennung sowie ihre Durchsetzung in allen Bildungssektoren vielfach mit großen Schwierigkeiten verbunden. Es besteht infolgedessen die Gefahr, dass die Berücksichtigung von Genderbelangen im Lehrplan dem Gutdünken und der Erfahrung einzelner PädagogInnen überlassen wird.

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass weitreichende Anstrengungen unternommen wurden, um die notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche durchgängige Gleichstellungsorientierung in der Pädagogik herbeizuführen. Die zugrundeliegende Annahme lautet, dass ein solches Vorgehen legitim ist, und es werden die notwendigen Werkzeuge entwickelt, um die formalen Lehrzielvorgaben für sämtliche Schulstufen anzupassen. Insofern zeichnet sich eine ebenso eindeutige wie solide Rechtfertigung für die Verankerung von Gender in der Bildung als Forschungs- und Politikfeld ab. Aus diesem Grund ist noch mehr zu unternehmen, um allgemeine gleichstellungspolitische Ziele (wie sie formal in nationalen Gesetzen und Planungsunterlagen enthalten sind) in die Praxis und in wirksame pädagogische Maßnahmen umzusetzen.

Die Gleichstellung im Bildungswesen lässt sich jedoch nicht verwirklichen, wenn eine erfolgreiche Integration der Gleichstellungsperspektive in sämtliche Bereiche, die die soziale, wirtschaftliche und politische Teilhabe von Frauen und Männern berühren, ausbleibt. In dieser Hinsicht erweisen sich die Kooperation, die Koordination und Synergien zwischen allen relevanten Interessengruppen – auf einzelstaatlicher wie auch europäischer Ebene – als wesentlich.

Die im Anschluss an die Präsentation der Verfahren geführte Diskussion offenbarte mehrere wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik im Bildungssektor:

- In vergleichsweise zentralistisch organisierten Bildungssystemen lassen sich Risiken, die entstehen, wenn die Berücksichtigung von Genderfragen in der Unterrichtspraxis der Initiative einzelner Schulen/Lehrkräfte überlassen wird, eher abwenden.
- Es bedarf ausreichender Ressourcen, um angemessene Personalschulungen und regelmäßige berufliche Weiterbildungen durchzuführen.
- Der Staat muss mit nachdrücklichem Engagement für die Gleichstellungspolitik im Allgemeinen und die Gleichstellungsagenden in der Bildungspolitik im Besonderen eintreten.
- Es bedarf effektiver Systeme und Werkzeuge für die Umsetzung, Überwachung und Beurteilung anerkannter bewährter Verfahren.

Die Erfüllung dieser Voraussetzungen würde ermöglichen, dass die gewünschten Veränderungen sich systematisch durchsetzen und in weiterer Folge sowohl in den Lehrplänen als auch den verschiedenen Instanzen des Bildungswesens lückenlos untermauert werden – allen voran in der pädagogischen Erstausbildung und Lehrkräftefortbildung.